Paudorf

Beirat für zweites Abbaugebiet

Die ÖVP überstimmte im Raumordnungsbeirat SPÖ und FPÖ. Die sind – wie die Paudorfer ÖVP – gegen einen neuen Steinbruch.

VON **GILBERT WEISBIER**

Bitter enttäuscht sind die Gegner der Erweiterung des Gesteinsabbaugebietes in Paudorf, Bezirk Krems: Der Raumordnungsbeirat des Landes Niederösterreich hat dem Plan, ein neues Abbaugebiet zu widmen, mehrheitlich zugestimmt. Sogar der Umweltanwalt ist mit den Plänen einverstanden. Nun scheint die Umwidmung des Waldgebietes unweit von Wohnhäusern nicht mehr aufzuhalten zu sein.

Wie berichtet, ist geplant, nahe des bestehenden Steinbruchs im Dunkelsteinerwald ein neues Abbaugebiet auszuweisen, obwohl sich Hunderte Bürger und der Gemeinderat (SP und VP) dagegen ausgesprochen haben.

Nun tagte der Raumordnungsbeirat, in dem alle Fraktionen des Landtages außer den Grünen vertreten sind. Hier hat sich die ÖVP gegen die Stimmen der SPÖ und FPÖ für die Schaffung des neuen Abbaugebietes ausgesprochen – und sich mit ihrer Mehrheit durchgesetzt. Damit widersetzt sie sich nicht nur den Wünschen der SP-Mehrheit in der Gemeinde Paudorf, sondern auch der örtlichen VP-Fraktion. Die ist ebenfalls strikt gegen den Abbau.

SP-Landesvize Sepp Leitner ist entsetzt: „Das Vorsehen eines Abbaugebietes in der Raumordnung, wann auch immer hier Arbeiten begonnen werden sollen, ist eine massive Missbilligung des Willens der betroffenen Bevölkerung und der Gemeinde Paudorf. Die SPÖ tritt weiterhin für eine Abkehr von dem Projekt ein – zu massiv sind die Eingriffe in ein schützenswertes Gebiet und die drohende Beeinträchtigung der Lebensqualität in Paudorf."

GEMEINDE PAUDORF

Mammutbäume gelten als Symbol für die Schutzwürdigkeit des Waldes

Bei der Raumordnungssitzung hat die ÖVP den Antrag eingebracht und beschlossen, den Waldstreifen, der künftig zwischen dem neuen Steinbruch und Wohnhäusern entlang der Bundesstraße liegt, darauf zu untersuchen, ob er die Voraussetzungen zur Umwandlung in ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt. SPÖ und FPÖ waren dagegen. Bürgerinitiativen-Sprecher Wolfgang Janisch ist überzeugt: „Das ist eine reine Beschwichtigungstaktik, da wird über den Gemeinderatswahltermin hinaus geprüft werden."

„Neues Hainburg" VP-Gemeinderat Gebhard Sommerauer hofft, dass der Schutzstreifen nur ein erster Schritt ist. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendein Politiker einen Steinbruch unterschreibt. Denn dann befürchte ich ein neues Hainburg. Die Bevölkerung wird sich das nicht gefallen lassen."

Umweltanwalt Harald Rossmann meint hingegen: „Ich war von Anfang an dafür, solche Dinge dort zu machen, wo es sie schon gibt und nicht an neuen Plätzen." Er habe eine Vereinbarung mit dem Betreiber, der Firma Asamer, geschlossen, dass die sich einer strengeren Prüfung unterwirft, als es gesetzlich gefordert ist.